

Gute Ausbildung für junge Menschen in Rheinland-Pfalz Jugend braucht zukunftsfähige berufliche Bildung

Alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz, die eine Berufsausbildung beginnen wollen, müssen die tatsächliche Chance dazu erhalten. Dazu braucht es ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen.

Derzeit landen in Rheinland-Pfalz tausende Jugendliche in einem Übergangssystem an den Berufsbildenden Schulen oder bei der Arbeitsagentur, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Perspektiven in diesem System sind sehr ungewiss, keineswegs bringt es Jugendliche über einen Umweg zum Ausbildungsplatz.

Gleichzeitig wird die Lage am Ausbildungsmarkt durch Defizite in der Berichterstattung und in der Statistik der Bundesagentur und anderer Stellen verzerrt dargestellt. Aus unserer Sicht ist eine ehrliche Statistik unabdingbar, die z.B. nicht alle Jugendlichen im Übergangssystem als „versorgt“ deklariert, die auch tatsächlich alle ausbildungswilligen als Bewerber/-innen erfasst, und die mit der Schulstatistik sinnvoll verknüpft ist und Abgangszahlen integriert.

Die beste Perspektive auf dem Arbeitsmarkt bietet weiterhin eine Ausbildung im dualen System, d.h. eine Ausbildung, bei der Betriebe und Verwaltung die Verantwortung für einen betrieblichen Teil, das Land die Verantwortung für einen schulischen Teil in Berufsschulen übernehmen.

Daher muss es vor allem darum gehen, die Ausbildungsplätze in diesem Bereich zu erhöhen. Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil Ausbildung in erster Linie in der Verantwortung der Unternehmen liegt und auch von diesen - nicht jedoch vom Staat - über angemessene Ausbildungsvergütungen finanziert werden muss.

Die Zunahme rein schulischer Ausbildungen als Reaktion auf den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen bieten oft keine gleichwertigen Perspektiven, entlässt die Betriebe aus der Verantwortung und bürdet den Steuerzahler/-innen unangemessene Belastungen auf.

Ausbildung muss eine hohe Qualität haben. Das im Berufsbildungsgesetz festgelegte Recht junger Menschen, qualifiziert ausgebildet zu werden und alles zu lernen, was für ihren Beruf erforderlich ist, muss für alle durchgesetzt werden.

Ausbildungsberufe müssen Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten. Dazu müssen Ausbildungsinhalte möglichst breit und umfassend angelegt, theoretisch wie praktisch fundiert sein. Um diesen Zweck zu erfüllen muss Berufsausbildung für alle Berufe in der Regel mindestens drei Jahre dauern.

Die so genannte „mangelnde Ausbildungsreife“ von Jugendlichen darf aus unserer Sicht kein Vorwand sein, das Niveau der Ausbildung abzusenken, theoriegeminderte und/oder verkürzte (zweijährige) Ausbildungsgänge verstärkt anzubieten, oder das Berufsprinzip der dualen Ausbildung zugunsten einer Modularisierung in Teilqualifizierungen aufzulösen.

Derartige Entwicklungen sind aus unserer Sicht abzulehnen. Stattdessen ist das duale System zu stärken und weiter zu entwickeln.

Mögliche Schwächen von Jugendlichen beim Einstieg in die Ausbildung müssen durch Förderung im Betrieb sowie im Rahmen des Bildungssystems (allgemeinbildend, berufsbildend) aufgefangen werden, aber nicht durch eine Senkung des Ausbildungsniveaus im oben beschriebenen Sinn. Betriebe sind auf ihre Verantwortung hinzuweisen und zu verpflichten.

In allen allgemeinbildenden Schulen sind die Berufsorientierung sowie arbeitsweltbezogene Unterrichtselemente weiter zu entwickeln und auszubauen. Zu den erforderlichen Lehrinhalten in

diesem Bereich gehört verstärkt auch die Information von Schüler/-innen an allgemeinen und berufsbildenden Schulen über ihre Rechte am Arbeitsplatz sowie ihre Beratungs-, Unterstützungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten, insbesondere auch im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes und der Personalvertretungsgesetze. Dazu gehört die entsprechende materielle wie personelle Ausstattung der Schulen sowie die Fortbildung von Lehrer/-innen.

Um gleiche Chancen für alle jungen Menschen in Rheinland-Pfalz sicher zu stellen, muss der schulische Teil des Berufsbildungssystems Teil eines integrativen und durchlässigen Bildungssystems sein.

Unser Ziel ist die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung. Erfolgreichen Absolvent/-innen einer Berufsausbildung soll es – auch ohne Abitur – möglich sein, an einer Hochschule zu studieren. Die Voraussetzungen dafür sind rechtlich und materiell auf Seiten der Berufsbildung (d.h. der Betriebe, Verwaltungen und Schulen) wie auch auf Seiten der Hochschulen zu schaffen.

Wir motivieren junge Arbeitnehmer/-innen zur Partizipation, zum Engagement und zur Übernahme von Verantwortung in ihren Betrieben. Dazu gehört die Beteiligung an der Wahl zu den Gremien der betrieblichen Mitbestimmung – Betriebs-/Personalrat/-innen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) – sowie möglicherweise die eigene Kandidatur zu diesen Organen. Im Herbst 2010 finden wieder JAV-Wahlen in den Betrieben statt!

Begründung:

Der Landesjugendring hat sich bereits ausführlich zur Notwendigkeit der Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze und der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sowie zum Erhalt des Jugendarbeitsschutzgesetzes positioniert.

Dieser Antrag ergänzt diese Beschlüsse um wichtige Aspekte einer hohen Qualität beruflicher Ausbildung.

Die Bedeutung dieses Bildungsbereichs für die jungen Menschen in Rheinland-Pfalz hat zuletzt der Reichtums- und Armutsbericht der Landesregierung im Februar 2010 deutlich gemacht. Die LIGA der rheinland-pfälzischen Wohlfahrtsverbände stellt in ihrem Berichtsteil heraus: „Nach wie vor ist die Möglichkeit einen Beruf zu erlernen, das wichtigste Mittel, Armut zu verhindern“ (vgl. LIGA-Bericht, S. 323).

Mit 4 Enthaltungen beschlossen durch die 103. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 24.04.2010 in Mainz.